

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Postcheckkonto für Polen  
Nr. 200283 in Posen.

mit illustrierter Beilage: "Die Zeit im Bild".

Postcheckkonto für Deutschland  
Nr. 6184 in Breslau.Anzeigenpreis: Pettitzelle (38 mm breit) 45 Gr  
für die Millimeterzeile im Anzeigenanteil 15 Groschen.Reklameteil 45 Groschen.  
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzelle (90 mm breit) 135 gr.

**BARUSIN**  
DIE DAUERHAFTE DACHEINDECKUNG OSKAR BECKER POZNAN SW. MARIA 59.

## Kyrill I., Zar aller Russen in partibus infidelium.

Von Dr. von Behrens, kaiserl. russ. Hofrat a. D.

Nachdem der letzte Zar Russlands Nikolaus II. aus dem Hause Holstein-Gottorp-Romanow seinen allernächsten Familienangehörigen, unter denen auch sein einziger 14jähriger Sohn Alexius sich befand, in tierischer Weise in der Nacht vom 16. auf den 17. Juli 1918 im Peterhof erichossen worden ist, blieb die Frage der Thronfolge offen. Nikolaus II. Alexandrowitsch (Sohn Alexanders III. Alexandrowitschs) hat bekanntlich am 2. März 1917 aus freien Stücken dem Zarenthron entagt und zugleich seinen jüngeren Bruder Michael Alexandrowitsch mit der Regentschaft für so lange betraut, bis eine eigens zu diesem Zwecke in Moskau einzuberufende Konstituante die künftige Regierungsform bestimmen würde. Auch hat Nikolaus — ganz entgegen den Bestimmungen des russischen Thronfolgegesetzes vom Jahre 1799 allerdings — nicht nur für seine eigene Person, sondern auch für diejenige seines schwächeren Sohnes, des bisherigen Thronfolgers Alexius, abgedankt, was aber vom Senat nicht bestätigt worden ist und was von den strengen Legitimen Russlands ebenfalls nicht anerkannt werden konnte. Laut obigem Gesetz (vom Kaiser Paul I.) hätte man jedenfalls das 17. Lebensjahr des jugendlichen Alex Nikolajewitsch abwarten und ein Vormundschaftsrat hätte solange im Namen Alex II. den Regenzen spielen müssen. Dieser rechtliche Standpunkt bewog auch den eigenmächtig vom zukünftigen Nikolaus II. zum Regenten eingesetzten Großfürsten Michael Alexandrowitsch, diese Würde abzulehnen. Dieser Großfürst hatte — von ähnlichem Standpunkten aus gesehen — gar keine Aussichten auf die Besteigung des Zarenthrones, da er vor etlichen Jahren sein Recht darauf dadurch verscherzt hat, daß er eine geschiedene Rittmeistersfrau heiratete (eine gewisse Frau Wulpert). — So kam es, daß Michael schon am 3. März 1917 seinen Rücktritt verkündete und mit Nachdruck erklärte, daß er und seine Nachkommen ein für allemal auf jegliche Teilnahme am politischen Leben feierlichst verzichten. Diese Bescheidenheit reizte den gutmütigen und in weiten Kreisen beliebten Großfürsten Michael nicht vor dem Tode: er wurde Ende 1918 von den Bolschewisten in grausamer Weise ermordet, und es erschloß mit ihm die Linie Alexanders III., des Sohnes Alexanders II., des Bauernbefreiers.

Als Michael am 3. März 1917 seiner einstigen Regentschaft ein jähes Ende mache, hat er es unterlassen, an seiner Statt irgend jemand aus der Kaisersfamilie zu ernennen, und so kam es, daß der damalige Ministerpräsident, ein Fürst Lwow — ein Sproß der alten warjägischen Kurtschynastie — die vor den Romanows 3/4 Jahrtausend lang über Russland geherrscht hat (882–1610), als sichtliches Oberhaupt aller Russen verblieb. Bald aber wurde er von sich erhebenden Revolutionswirbeln niedergeworfen, und an seine Stelle trat ein redegewandter Petersburger Rechtsanwalt Kerenski, ein Sozialist. Diesem fiel es nicht ein, die Thronfolgefrage in der Weise zu regeln, wie sie von Nikolaus II. vorgemerkt worden war. Allerdings hat Kerenski nach Verlauf von etlichen Monaten eine "Allrussische Delegiertenversammlung" einberufen, jedoch war diese im voraus so zusammengestellt, daß eine provisorische Proklamierung der Republik (Mitte 1917) auf keinen ernsten Widerstand stoßen konnte. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die erzwungene Abdankung des Zaren Nikolaus nur dadurch ermöglicht wurde, daß man dem kriegsmüden Russenvolk und der russischen Soldatenmasse verprochen hat, daß sobald der "gekrönte Blutvergießer" abgesetzt sein wird, der Frieden mit Deutschland sofort geschlossen werden könnte. Weder Fürst Lwow, noch Kerenski haben ihr den Volksmassen gegebenes Versprechen eingelöst; sie taten das Gegenteil: sobald sie zur Gewalt gelangten, feuerten sie ganz Russland zur Fortsetzung des Kampfes bis zum siegreichen Ende" an. Erst Lenin mit seinen Bolschewisten erfüllten das Versprechen und schlossen im Frühling 1918 den so heiß ersehnten Frieden (von Brest).

Die Monarchisten Russlands rührten sich nicht, da sie einerseits innere Erschütterungen in der Armee befürchteten, die durch Ausrufung irgend eines Großfürsten zum Zaren (z. B. des Deutschenkaisers Nikolai Nikolajewitsch) unweigerlich entstehen müßten, andererseits sich durch Zweifel prinzipieller, rechtlicher Natur gebunden fühlten.

Die einen bestanden darauf, daß nach der Abdankung Nikolaus II. sein letzter Uta in Bezug auf die Fernhaltung des Thronfolgers Alex heilig eingehalten werden müsse, bis der minder gewordene Alexius II. nicht denselben durch einen neuen Uta abändern oder eventuell auch bestätigen würde. Dann erit darf die "Zeitweilige Regierung" ihre Vollmachten niederlegen und die angeordnete Konstituante einberufen. Die anderen drängten darauf, eine Regentschaft sofort einzusezen, die unter der Firma des unmündigen Zaren Alexius II. Nikolajewitsch die nächsten 23 Jahre zu regieren hätte. Noch andere meinten, daß die Fülle der obersten Staatsgewalt richtig von Nikolaus II. auf den Großfürsten Michael und von ihm auf den Fürsten Lwow, von diesem wiederum auf Kerenski übergegangen sei. Da Lenin die Gewalt an sich gerissen hat, so sind sich alle nicht kommunistischen Parteien Russlands darin einig, daß die "Sowjets für jeden Fall ge-

## Reichstagsdebate über Locarno.

Die stärksten Fraktionen: Sozialdemokratie, Deutschnationale, Zentrum. — Rede von Wels, Graf Westarp und Fehrenbach. — Schärfste Auseinandersetzungen.

Die gestrige Reichstagsitzung brachte mancherlei polemische Auseinandersetzungen zwischen links und rechts, zu einem großen Sturm kam es jedoch nicht. Als die Sitzung beginnt, sind die Abgeordnetenplätze noch nicht besetzt, sie füllen sich erst mit der Zeit. Der Reichskanzler Dr. Luther und der Außenminister Dr. Stresemann haben zunächst vom Ministerium Platz genommen. Nach Eröffnung der Sitzung um 11½ Uhr beginnt sofort die Debatte. Als zahlenmäßig stärkste Partei erhält das Wort zunächst der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, der Abg. Wels.

### Stellungnahme der Sozialdemokratie.

Die Vorlage begrüßt wohl keiner mit überschäumender Freude; jeder aber muß anerkennen, daß wir am Scheidepunkt der europäischen Politik stehen. Nach kriegerischer Berührung — Wiederaufbau und ein neues Verhältnis der Staaten zu einander. Das Bedürfnis nach Frieden ist vorhanden, die deutsche Arbeiterschaft verlangt, daß zuerst das Interesse des Volkes in den Vordergrund gestellt wird. Wels greift nachher die Deutschnationalen an, indem er ihnen Agitation und Parteidistanz vorwirft. Die Ablehnung von Locarno würde nur die Folge haben, daß England gegen Deutschland eine neue Entente aufrichten würde, bei der Deutschland noch erheblich schlechter fahren würde, als das bisher geschehen sei. Die Kommunisten, die den Vertrag gleichfalls ablehnen, sollten bedenken, daß kein Punkt gegen Russland gerichtet sei. Im Rapallovertrag hält auch die Sozialdemokratie fest: ein Militärbündnis zwischen Rot Arme und Reichswehr sei ein unsinniger Gedanke. Die russische Regierung steht Locarno nicht so feindlich gegenüber wie die deutschen Kommunistische Partei. Der Rest der Stacheldrähte aus der Kriegszeit muß hinweggeräumt werden. Hierauf kommt der Redner in seine polemischen Ausführungen, in denen er den Deutschnationalen den Vorwurf macht, daß sie ihren Parteidat mit dem Lied "Siegreich wollen wir Frankreich schlagen" beschlossen hätten. Er fragt sie, womit sie denn Frankreich schlagen wollten. Darauf bringt der Redner Auszüge aus einem "Protokoll", in dem die Deutschnationalen gegen Hindenburg Stellung genommen haben sollen und in einer vertraulichen Besprechung erklärt, daß Hindenburg enttäuscht habe. Darauf folgt der Redner wieder der Locarno-Parole, indem er ausdrückt, daß nur eine republikanische Regierung diesen Vertrag erfüllen könne mit dem Geiste, der zur Befriedung Europas nötig ist.

Der Reichstagspräsident Löbe teilt mit, daß die Völker einen Misstrauensantrag gegen die Regierung eingereicht hätten.

### Stellungnahme der Deutschnationalen.

Unmehr erhält das Wort der Abg. Graf Westarp. Zunächst setzt er sich mit Wels auseinander, indem er erklärt, daß das erwähnte Protokoll einen derartigen Unsinn enthale, daß er nicht zu dem Diebstahl, wohl aber zu der Fälschung gratulieren könne. Wir begehen nicht den Unsinn, einen neuen Krieg zu provozieren; auch wir wollen die Verständigung Deutschlands mit seinen Nachbarn; aber es muß eine Verständigung sein, die den Boden Deutschlands von feindlichen Truppen säubert. Trotzdem werden meine Freunde und ich gegen die Gesetzesvorlage stimmen.

Graf Westarp kommt dann darauf zu sprechen, daß in dem Locarnovertrag ein Vertrag auf deutsches Land ausgesprochen worden sei (Lebhafte Widersprüche von Dr. Stresemann). Darauf führt Graf Westarp die Auslegung Banderbeldes an, die darauf hinausgeht, daß Deutschland den Versailler Friedensvertrag anerkannt habe. (Dr. Luther, der Reichskanzler, widerspricht lebhaft, indem er sagt, wenn solche Bitate gebracht würden, müsse die Aussöhnung im Zusammenhang mit der Vertrag gebracht werden, und müsse sich hüten, Worte aus dem Zusammenhang zu reißen.) Die Redensarten der Herren Briand und Chamberlain können die Partei nicht loben, denn sie läßt sich nicht in die Locarnoprophose hineinziehen. Das Vertragswerk ist überaus undurchsichtig und kompliziert. Ein Paragraphengemebe, das bei einer Völkerpannung, wie sie 1914 bestanden hat, vollkommen unpraktisch ist. Die Partei verlangt greifbare Vorteile. Wir bedauern, daß das Zentrum und andere Parteien sich nicht mit unseren Gedanken zusammenfinden, um das Vertragswerk abzulehnen. Darauf untersucht Graf Westarp in längeren Ausführungen, daß das Vertragswerk verfassungssäubernd sei und eine Zweidrittmehrheit nötig habe. Der Redner bittet den Reichstagspräsidenten schon jetzt, festzustellen, ob die Bestimmungen des Artikels 76 der Verfassung erfüllt sind. Zum Schlus tritt Graf Westarp dafür ein, daß das Kumpfabindest Luther noch vor Locarno zurücktreten solle. Zu diesem Zweck bringt die Partei einen Misstrauensantrag ein. Die Angriffe in der Offenlichkeit gegen die Deutschnationale Partei weist der Redner scharf zurück. (Burk des Abg. Wirth: Warum haben Sie denn Ihren Minister Schiele nicht mit nach Locarno geschickt?) Deutschland kann niemand in der Welt helfen, wenn es sich nicht selber hilft und sich auf seine eigenen Kräfte verläßt. Wir haben Deutschland durch unsere feste Stellungnahme nur genügt und der Welt

gedient; denn die feste Haltung in Locarno ist nur unserm Einfluß auszuschreiben.

### Erklärung des Zentrums.

Der Abg. Fehrenbach gibt für die Zentrumsfraktion eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Oberstes Gesetz unseres politischen Handelns nach dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges ist die Wiederaufrichtung unseres Deutschen Reiches zu wirtschaftlicher Gesundung. Dabei sind wir uns bewußt, daß dieses hohe Ziel nur auf dem Wege friedlicher Entwicklung mit den anderen Nationen in stufenweise sich aufbauenden Teilerfolgen zu erreichen ist, und daß selbst dieser Weg von einem Kriege unterlegenen und seiner Machtmittel bedrohten Volk nur unter harter Selbstsacrifice und schweren Opfern zurückgelegt werden kann. Von dieser Überzeugung durchdrungen, haben wir im Vorjahr dem Londoner Abkommen und den Damess-Vertrag zugestimmt, um unseren wirtschaftlichen Wiederaufstieg zu ermöglichen. In demselben Geiste nehmen wir heute Stellung zu den Verträgen von Locarno, die der politischen Befriedung Europas dienen sollen. Dazu auf Grund des Paktes von Locarno keine neue freiwillige Unterschrift unter das Versailler Diktat leisten, ergibt sich ferner aus dem klaren Wortlaut von Artikel VI des Westpaktus, der nichts weiter besagt, als daß die Rechte und Pflichten der vertragschließenden Teile aus dem Vertrag von Versailles durch den neuen Pakt „unberührt“ bleiben. Wir ziehen daraus den Schluss: die Gleichberechtigung Deutschlands mit den übrigen Vertragsstaaten ist in Locarno gewahrt worden. Wir erwarten deshalb, daß im Geiste von Locarno die restlichen Entwaffnungsfragen bald ausgeräumt werden — und daß die Erledigung der sogenannten Investitionsfrage im Völkerbund mit allen qualvollen und kümmerlichen Methoden aufgeräumt, unter denen Deutschland bei der bisherigen Entwaffnung gelitten hat. Als eine notwendige Auswirkung der Verträge von Locarno erachten wir vielmehr die Befreiung der zweiten und dritten Weltkriegszone. Wir sprechen in dem Vertrag von Locarno auch keinen Rechtsvertrag auf deutsches Land und Volk aus.“

Wenn die bisherigen Auswirkungen der Verträge von Locarno dem Geiste dieser Verträge auch nicht genügend entsprechen, so schenken wir gleichwohl das Gesamtwerk von Locarno nicht ab, denn trotz aller Mängel, die ihm heute noch anhaften, bedeutet es einen Fortschritt auf dem Wege zur Befriedung und Wiederaufrichtung Deutschlands und zur Gesundung Europas. Locarno beendet die Ära der Sanctions- und Gewaltpolitik. Es verschafft der bedrängten Weimark Schutz gegen feindliche Überfälle jeglicher Art. Deutschland kommt auf dem Wege über diese Verträge auf seiner politischen Vereinsamung heraus.

In ruhiger und verantwortungsvoller Abwägung dieser Verbesserungen und Mängel kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Vorteile des Werkes von Locarno für Deutschland wohl wie für Gesamteuropa sehr erheblich sind, daß man die Befriedigung der Mängel füglich der Zukunft überlassen kann. — Aus unserer in der christlichen Weltanschauung tief begründeten politischen Überzeugung heraus bekennen wir uns zur Idee eines wahren und echten Völkerbundes und sind bereit, zur Verwirklichung dieser Idee dem bestehenden Völkerbund unsere Mitwirkung zu leihen. Wir finden der Überzeugung, daß durch die in Locarno erfolgte Klärung hinsichtlich des Artikels 16 der Völkerbundssatzung den Lebensnotwendigkeiten Deutschlands genügt ist und treten der Bewerfung dieser Klärung durch die Reichsregierung bei. Trotz mancher Bedenken gegen seine bestehende Satzung sind wir auch für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, weil wir glauben, daß wir damit nicht zu einer einseitigen Stellung gegen Russland genötigt werden. Wir erhoffen von der Annahme des Locarno-Vertrages und von unserem Eintritt in den Völkerbund eine Förderung der Entwicklung vom Weltwirtschafts-System zum Rechtsystem im Völkerbund. Dazu dieser Entwicklung eintritt, daran können mehr noch als das geschwächte Deutschland die übrigen Mächte Europas mithelfen. (Beispiel im Zentrum.)

Abg. Dr. Scholz (D. Bp.): Bei der Beurteilung der Vorlage dürfen wir leider nicht von dem Standpunkt ausgehen, daß sich Staaten von gleicher politischer Macht und gleicher wirtschaftlicher Stärke gegenüberstehen. Das durch den verlorenen Krieg geschwächte Deutschland hat nicht die gleichen Machtmittel wie seine Verhandlungspartner.

Der Abgeordnete Scholz schloß seine Ausführungen unter schallender Heiterkeit des Hauses mit zwei Mahnungen, die in jedem Strafrahmen zu lesen wären, die sich die Deutschnationalen zu Herzen nehmen sollten. Die erste Mahnung lautete: „Springe nicht ab während der Fahrt!“ und die zweite: „Rimm Rücksicht auf andere!“

Dann nahm der kommunistische Abgeordnete Thaelmann das Wort.

Stürzt werden müssen und alle, die mit dem Roten Kreml mitarbeiten, Verräter an ihrem Volke sind.“

Noch dem Ende Alexius Nikolajewitsch's und des Großfürsten Michael, also Ende 1919, tauchte die legitimistische Frage von neuem auf. Denkin, Kotschak, Wrangel, Tschajkowski und Judenitsch schrieben nach einem Namen, der ihren Kriegsunternahmen den Erfolg sichern sollte. Russland brauchte damals einen Zaren so sehr wie niemals zuvor. Aller Augen richteten sich auf zwei Persönlichkeiten: auf den ehrgeizigen Oberbefehlshaber Nikolaus Nikolajewitsch, den Großonkel des Zaren Nikolaus, der allerdings keine Rechte auf den Zarenthron besaß, doch der Armee bekannt ist, und auf den Großfürsten Kyrill, den älteren Sohn des Onkels des Zaren Nikolaus II., der am nächsten dem Throne stand. Nun wollte es aber das Schicksal, daß der selige Vater dieses letzten, der Großfürst Vladimir Alexandrowitsch, mit einer Prinzessin aus dem Koburger Herzogshause vermählt war, die ihrem

Sohn Kyrill das Leben schenkte, bevor sie sich zur griechisch-orthodoxen Staatskirche Russlands bekehren ließ, und damit obenerwähnten Thronfolgegesetz hat Kyrill sein Recht auf die Thronfolgehatthad durch eingebüßt.

Erst 1923 haben alle Mitglieder der Romanowischen Familie, die noch am Leben sind — im ganzen 17 an der Zahl — ihn als legitimen Zaren anerkannt. Und doch nicht alle. Die alte Dänin, die Kaiserin Mutter Maria Theodorowna (Dagmar, Tochter des Königs Christian IX.), Witwe Alexanders III. erhob ihre Stimme und protestierte dagegen: sie erklärte, daß sie an den Tod ihres Sohnes Nikolaus und ihres Enkels Alex nicht glaube. Sie beklomm auf geheimen Wegen immer noch Briefe von ihnen.... Das arme Mutterherz, auf dessen Gefühlen die Bolschewisten meisterhaft zu spielen verstanden!... Auch der alte, an Gehirnverlust leidende 72-jährige Deutschenkreiser Nikolai Nikolajewitsch erließ ein Pronuntiamente an die russischen Emigranten, von denen recht viele durch seine

Vermittelung französischer Subsidien in dieser schweren Stunde erhalten; er protestierte gegen die Kandidatur „eines Menschen, der am 1. März 1917 an der Spitze seines Garde-regiments unter der roten sozialistisch-revolutionären Fahne auf den Straßen der Hauptstadt Chamlos zu sehen war.“ Der Vorwurf war berechtigt, wenn man zur Entschuldigung Kyrills auch feststellen muß, daß er diesen Schritt zu tun damals gezwungen war.....

Es sind noch volle zwei Jahre ins weite Russland gegangen, bis endlich jetzt, am 14. November 1925 die gesamte Kaiserliche Familie und die Vertreter der meisten Emigrantenkolonien, wie sie in allen Gottes Ländern heute zerstreut sind, in München zu einer Tagung zusammengekommen sind und in aller Form Kyrill Wladimirowitsch zum legitimen Baron aller Neuzeit proklamiert haben. Auch die Delegierten der Kaiserin-Witwe und des alten Nikolaj Nikolajewitsch. Dem letzteren hat Herriot die Subsidien entzogen.....

Die russische Emigration zählt beinahe 2000000 Köpfe. In Deutschland 200000, in Jugoslawien 100000, in Bulgarien 75000, in Polen und in Rumänien insgesamt bis 1000000, in den Balkanstaaten, in China und Japan und in Amerika je 75- bis 100000 Menschen. Die meisten sind überzeugte Monarchisten, wie übrigens 90 Prozent des Russenvolkes daheim. Da Kyrill es nicht unterläßt, zu wiederholen, daß er das von der Bauernschaft ihren ehemaligen „Herren“ geraubte Land den Bauern belassen will, so steht seine Kandidatur fest. Auch die Beamten und Offiziere der Roten Armee erhoffen für sich nicht ohne Grund von einem Monarchen Gnade, der selber 1917 unter der roten Fahne einhertritt....

Gewiß, die Konzentrierung der monarchistischen Elemente im Kampfe gegen das kommunistische Chaos kam reichlich spät. Jedoch bedeutet sie ein politisches Ereignis. Die Presse Europas und Amerikas verschweigt den Vorfall noch sorgfältig. Jedoch um so lauteren Widerhall findet er in den hungernden Volksmassen Russlands, die zur Annahme zu gelangen beginnen, daß es „unter der Barenkufe“ viel besser und sicherer zu leben war, als im Zeitalter der „Herrschaft des Proletariats“ ...

## Verhandlungen über die Liquidationsfrage?

Die „Poz.“ meldet halbamtlich aus Warschau:

„In Warschau haben am gestrigen Dienstag in Ausführung des Paragraphen 16 des Programms der deutsch-polnischen Verhandlungen, das am 30. Juli 1922 in Warschau unterzeichnet worden ist, Verhandlungen zwischen den Regierungsvertretern Polens und Deutschlands über die Anwendung des Artikels 297 des Verfaßter Vertrages begonnen. Den Vorsitz der polnischen Delegation führt Prof. Bielawski, der Vorsitzende des Kommissariats des Hauptliquidationsamtes in Polen. Außerdem gehören der Delegation an: Ministerialrat Sawakowski vom Finanzministerium und Ministerialrat Stefan Bratkowski vom gleichen Ministerium.

Der Führer der deutschen Delegation ist Vollmachtsminister Geppert. Ferner sind Verhandlungsdelegierte: Geheimrat Bechka, Generalkolonel v. Hentig, Legationsrat Bischof, Justizrat Schuster, Legationssekretär Soyer und Legationsrat v. Schack. Die deutsche Delegation wurde gestern vom deutschen Gesandten in Warschau im Präsidium des Ministerates dem Premierminister Skrzynski vor gestellt worauf sie dem Departementsdirektor Bauer einen Besuch abstattete.

### Baut Häuser!

Ein neuer Ruf.

Die „Narodopolska“ richtet einen Bauphil am das neue Kabinett und schreibt u.a.: „Das Finanzministerium muß dem Minister für öffentliche Arbeiten zur Hand gehen. Man muß die Baubewegung beleben. Bei den schwersten Sünden des Herrn Wladyslaw Grabbski gehörte die Verstellung der Wichtigkeit der Baubewegung. Freilich haben verschiedene Staatswürdenträger aus Staatsanleihen sich Häuser gebaut, aber für die breite Allgemeinheit ist nichts getan worden. Herr Grabbski hat es nicht eingesehen, daß nur eine weitläufig organisierte Baubewegung die polnische Industrie von der Eisenindustrie ungelängt auf die Beine stellen könnte. Diese schwere Sünde des

Vorgängers muß bei neuen Finanzminister gut machen. Die Biegeleuten in Betrieb seien, das Bauholz vorbereiten, die Mobilisierung entsprechender Maurer, Zimmermanns, Tischler und Schlosserkräfte sicheren entsprechende Kostenanschläge und Pläne aufsetzen und wenn der entsprechende Augenblick gekommen ist die Bauarbeiten beginnen. Die Geschichte lehrt doch, von Griechenland und dem alten Rom angefangen bis auf den heutigen Tag, nur Epochen, in denen viel gebaut wurde. Epochen großen wirtschaftlichen Aufschwungs und politischer Ruhe waren. Unsähige Machthaber haben diese Arbeit nicht eingesehen oder sie gering geschätzt. Berühmte Monarchen und kluge Minister haben Häuser, Gebäude, Wege, Kanäle und Wasserleitungen gebaut. Dadurch ist die Kultur des Landes, der Wohlstand und der Geist gehoben worden. Sehen wir auf das benachbarte Deutschland, wie es während des Instat. jede Papiermark in Biegeln und Mauern anlegte. Nicht anders verhält das siegreiche Jugoslawien. Wir aber haben nur zu tun können, die Mietsätze nicht zu erhöhen.“

### Der psychologische Effekt.

Der „Kurier Poznański“ bringt in seiner Wirtschaftszeitung einen Artikel über die nächsten Aufgaben der neuen Regierung. Dieser Artikel lautet:

„Im Augenblick des Rücktritts des Kabinetts Grabbski war ein großer psychischer Triumph auszuspielen, und zwar die sofortige Zusammenfassung einer überwiegenden Sejmehrheit zu gemeinsamen Anstrengungen für die wirtschaftliche und finanzielle Sanierung in Polen. Als Herr Grabbski die Demission einreichte, hatte er hauptsächlich dieses Ziel im Auge. Es bedurfte aber einer ganzen Woche, die von ganz unwahrscheinlichen Ereignissen erfüllt war, bis die Vertretung des Volkes einjahr, was heute das Land von ihr vor allen Dingen erwartet. Der erwähnte Triumph ist dadurch, wenn nicht geradezu verkümmert, so doch jedenfalls in seiner Wirkung sehr geschwächt worden. Es gelang endlich, ein neues Kabinett zu bilden, dessen Zusammensetzung wenigstens der Idee vorläufiger Einstellung der Parteidämpe entspricht. Es wird sicherlich niemand behaupten, daß alle Posten, von denen das Schicksal und die Entwicklung des Wirtschaftslebens abhängen, in einer Weise besetzt worden sind, die den Ernst der Krise, die es durchmacht, entspricht. Hier mußten in einigen Fällen Fachwissen und persönliche Fähigkeiten vor dem Grundsatz des Parteidämpe zurückspringen. Das wird die Lösung der Aufgaben, die heute auf der Tagesordnung der Staatsgeschäfte stehen, gewiß nicht erleichtern. Aber es läßt wenigstens die Hoffnung zu, daß das neue Kabinett auf parlamentarischem Boden vergleichsweise leichtere Arbeit haben wird, als das vorangegangene Kabinett. In dem neuen Kabinett lenkt natürlich die Person des Finanzministers, der die Hauptverantwortung für die Ergebnisse der Tätigkeit der neuen Regierung wird tragen müssen, allgemeine Aufmerksamkeit auf sich.“

Der Abg. Jerzy Bielecki bringt für seinen Ministerposten eine Erfahrung mit, die er sich im Laufe zweijähriger Arbeit auf dem überaus berantwortlichen Posten des Vorsitzenden der Sejmkommission für Haushaltssachen und deren Hauptreferenten erworben hat. Dies ist ein Posten, der besser als irgend ein anderer die Möglichkeit bietet, mit allen Gebieten der staatlichen Finanzwirtschaft vertraut zu werden, und bedeutet also in jedem Lande für einen künftigen Finanzminister eine hervorragende Vorbereitung. Bei unseren Verhältnissen hat diese Vorbereitung noch eine größere Bedeutung infsofern, als nach der allgemeinen Meinung die dringendste Aufgabe der neuen Regierung gründlicher Umbau des neuen Staatsbudgets sein wird. Zur Verwirklichung dieser bedeutenden Aufgabe eignet sich wohl kaum jemand besser als der bisherige Generalreferent des Budgets, der nicht nur dieses Budget ausgezeichnet kennt, sondern auch in seinen Berichten konsequent die Notwendigkeit der Harmonisierung der Staatsbedürfnisse mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten betont. Wenn wir hinzufügen, daß Herr Bielecki auf seinem bisherigen Posten durch die Sachlichkeit und Gewissenhaftigkeit seiner Arbeiten sich aufrichtige Hochachtung eringen konnte, dann kommen wir zu dem Schluss, daß er wirklich bedeutende Triumphe zur Durchführung der Reform besitzt, deren Dringlichkeit alle anerkennen, die aber nur unter tätiger Zusammenarbeit einer deutlich umrissenen Parlamentsmehrheit auf ihre praktische Realisierung rechnen kann.

Wir haben die Budgetaufgabe des neuen Finanzministers an die erste Stelle gesetzt, da in der allgemeinen Lage diese Seite heute zweifellos die schwächste ist. Während die Handelsbilanz — schon weniger darum mit welchen Mitteln, aber doch faktisch — bewältigt ist, bedarf die Finanzwirtschaft noch immer wesentlicher Ausgleiche. Wenn in dieser Hinsicht alle Befürchtungen zutreffen sein werden — und das kann nur im Wege der energischen Reduktionsmaßnahmen geschehen, die kein Gebiet des Staatslebens schonen —, dann wird sich auch automatisch dem In- und Auslande die Beurteilung der weiteren Perspektiven für den Bloß-

turs bessern. Die gesetzliche Ermächtigung der Regierung zum Abschluß eines Auslandsanleihevertrages scheint heute zwar noch nicht dringend zu sein, aber die grundsätzliche Ermächtigung solcher Vollmachten wird jedenfalls eine Erleichterung der Verhandlungen bedeuten. Andere Beschlüsse der Sanierungsvorlage der Regierung erfordern eine Bestätigung zur teilweise nachträglichen Sanierung von Tatsachen, die schon eingetreten sind. Dringend ist namentlich die Frage der Emision von Schatzscheinen, auf die Herr Grabbski mehrmals so starken Nachdruck legte.

Der frühere Finanzminister hat zwar dabei zu verstehen gegeben, daß diese Emision ausschließlich den Zweck verfolge, dem Wirtschaftsleben mit Krediten zu Hilfe zu kommen, aber diese Feststellung entspricht nicht mehr der heutigen Lage. Trotz aller bekannten Argumente, die man gegen die Emision solcher Scheine — natürlich immer nur in Kontingenzen — anführen kann, erscheint uns ihre Emision vor der Hand ein besseres Auswegsmittel zu sein, als die Burückhaltung der Auszahlungen von Finanzscheinen, die in den letzten Wochen so häufig war, wodurch das Wirtschaftsleben noch weiter beunruhigt und destabilisiert wird. Unsere gegenwärtige Lage ist zwar ungewöhnlich schwierig, darf aber nicht als verzweifelt betrachtet werden. Von der Schnelligkeit und Leistungsfähigkeit der neuen Regierung hängt es ab, ob und wann der erwünschte psychische Effekt eintreten wird, dessen Folgen große Bedeutung haben können.“

### Rot oder Schwarz?

Unter der Überschrift „Rot oder schwarz“ antwortet die „Prawda“ auf die Vorwürfe des „Kurier Poznański“ gegen den Sejmarchall Rataj. Das Blatt schreibt: „Wer von den gläubigen Lesern des „Kurier“ die Ausführungen über Rataj den „Schädling“ und die Meldung von Rataj dem Premier auf Vorschlag des Herrn Grabbski — las, der mußte sich fragen, ob es möglich wäre, daß Herr Grabbski, der Patriarch der Partei, deren Organ der „Kurier“ ist, einen Mann, der das Vaterland aufrichtig liebt, Herrn Rataj, einen politischen Schädling, einen Intriganten, einen schwärmenden Geist, den Regisseur von Kabinettspolitiken, einen ehrgeizkranken Mann, der nicht das Vertrauen der Mehrheit besaß, für fähig erklären könnte, eine wirkliche Koalitionsregierung zu bilden. Dem Leser mußte auch folgendes nachdrücken geben: Wenn das wahr ist, was der „rote Kurier Poznański“ vom 12. November schrieb, daß Herr Rataj ein Schädling sei, dann muß es auch wahr sein, daß Herr Grabbski ebenso ein Schädling ist, wie Herr Rataj. Wenn anders das wahr ist, was der „rote Kurier Poznański“ schrieb, daß Herr Grabbski Herrn Rataj zum Premier vorgeschlagen habe, und daß er, Herr Grabbski, ein rechter Pole, ein aufrichtiger Patriot sei, dann muß es ebenso wahr sein, daß der Marquess Rataj eineswegs ein öffentlicher Schädling sein kann, und daß er allenfalls verdient, als guter Patriot und als ein Mann, der im Dienst der Republik nötig ist, geachtet zu werden. Wenn die erste Alternative wahr ist, dann hat der „Kurier“ von Herrn Grabbski die Unwahrheit geschrieben, und wenn die zweite Alternative wahr und echt ist, dann hat er über Herrn Rataj nicht die Wahrheit geschrieben. Da es zwei Wahrheiten, die sich gegenseitig ausschließen, nicht geben kann, muß sich der gläubige Leser des „Kurier“ fragen, ob er weiterhin dem glauben kann, was der „Kurier“ schreibt, und ob er sich auf seine Informationen stützen kann. Wieder wird sich vielleicht diese verschiedenen Wahrheiten auf sehr einfache Weise erklären: Der schwarze „Kurier“ sieht auch die Menschen und das Leben schwarz, und deshalb ist die Wahrheit schwarz. Der rote Morgenkurier sieht rot, und deshalb ist die Wahrheit rot. Dann wird er sicherlich mit dem Kopfe schütteln und sagen: Wie gut wäre es doch, wenn der „Kurier“ alles rot oder schwarz drucken würde. Es würde ja dann doch recht haben, aber entweder die schwarze oder die rote Wahrheit käme in Betracht. Da nun für die Farbenordnung der „Kurierwahrheiten“ nur Herr Leiter gelernt zu sein scheint, schreiben wir diese Ausführungen ihm ins Stammbuch.“

### Republik Polen.

#### Beschluß des Ministerrates.

Der gestrige Ministerrat dauerte 4½ Stunden. Es wurde das Projekt des Exposés, das der Premier in der heutigen Sejmabschluß halten wird, bestätigt. Heute mittag tritt der Seniorenladen zusammen, um einen Beschluß darüber zu fassen, ob die Diskussion über das Exposé heute oder morgen stattfinden soll. Der Ministerrat beschloß, nur ein Sanierungsgesetz aufrechtzuerhalten. Die beiden andern, über das Sparkomitee und die Produktion, werden zurückgezogen.

#### Locarno.

Die Sejmkommission für Auslandsfragen tritt morgen, am Donnerstag zur Erörterung des Vertrages von Locarno zusammen. Während seiner Ländler Reise wird Skryński von Kazian Morawski im Außenministerium vertreten.

Ach nichts. Ich meinte nur — —“ Er kam an ihren Schreibtisch zurück und flüsterte ihr zu: „Ich habe den Eindruck, der Mann ist Ihnen nicht ganz gelungen.“

„Mir? Ich habe ihm doch nie etwas getan! Und mir gegenüber ist er doch immer sehr höflich. Zu vorkommend sogar.“

„Ja, ja, das ist so seine Art. Ich kann den Kerl nicht leiden. So aalglatte, kühle Bürschchen sind nicht der Typ, für den ich mich begeistern kann. Nehmen Sie sich in acht vor ihm. Ich glaube, er hat mit Ihrer Vorgängerin, der Damm, ein Verhältnis gehabt. Und hat's, wenn mich nicht alles täuscht, noch.“

Am Abend hatte sie ihre große Aussprache mit Reinhold. Er hatte sie vom Bureau abgeholt, und sie gingen durch den Tiergarten miteinander nach Hause.

„Ich habe Dir dieses Mal nichts sagen können, Reinhold, das mußt Du doch begreifen,“ drang sie mit einer Leidenschaftlichkeit in ihn, die sie selbst überraschte. „Ich kann Dir das nicht so erklären; es ist alles mehr Gefühl, mehr Empfindung, und ich kann das nicht so in Worte kleiden.“

Er ging neben ihr, mit verbissenem Ausdruck in dem hübschen Gesicht. War das wirklich ihr Reinhold von früher?

„Du denfst ja auf einmal auffallend viel an die Interessen Heidenbergs,“ sagte er endlich. „Uns hat Deine Diskretion ein schönes Stück Geld geflossen!“

„Ich denke, Ihr habt genug an meinen Informationen verdient!“ erwiderte sie, und es kam ein merkwürdig scharfer Ton in ihre Stimme. „Ich weiß nicht, wie Du es ansiehst, Reinhold, aber mir kam das Angebot Avalescu vor wie eine Expressiv. Ich kann nicht verstehen, wie Du damit einverstanden sein kannst!“

„Schöne Vorstellungen hast Du von Geschäften! Glaubst Du, Dein Heidenberg — —“

Sie blieb jäh stehen und sah ihn von oben bis unten an. Der Zorn funkelte in ihren Augen.

„Mein Heidenberg? Was soll das heißen?“

Er war ganz betreten.

„Richtig! Nur so 'ne Redensart,“ stammelte er. „Du wirst doch nicht etwa glauben — — ich — ich — —! Aber Hanni — !“

Und er lachte. Doch es war ein erzwungenes Lachen, das nicht vom Herzen kam.

„Du siehst, ich habe kein Wort gesagt, daß Du ihn nach Mannheim begleitet hast. Ich kenne Dich. Aber — aber — —“

„Aber — ?“

„Deine Pflicht wäre es gewesen, uns einen Wink zu geben! Schon um Avalescu den Hinauswurf zu ersparen.“

„Es wird nicht das erste Mal gewesen sein, daß der so hinausgeworfen wurde.“

Da fuhr Reinhold auf.

„Ich verbiete Dir, so von Avalescu zu reden! Er ist mein Kompagnon und mein bester Freund. Ich kann Dir nur sagen, er ist wütend, und mit Recht. Das war gemein, wie Du uns hast hineinfallen lassen!“

Sie wollte ihm mit gleicher Würze antworten, doch bezwang sie seine Empörung über seine beleidigenden Worte. Schließlich — er hatte ja nicht so unrecht, sie war ja die Ursache zu seiner ersten Niederlage.

Gemein wäre es gewesen, wenn ich gesprochen hätte, nachdem Heidenberg mir strengste Diskretion auferlegt hat. Mein Gott, Reinhold, willst Du denn das nicht einsehen?“ verteidigte sie sich.

Er zuckte die Achseln.

„Ich nehme an, wenigstens habe ich es bis jetzt angenommen, daß ich Dir näher stehe. Deine Diskretion kostet mich ein kleines Vermögen. Wir werden die Papiere an der Börse verkaufen müssen und bei der Größe des Pakets zu niedrigen Kursen. Ich kann Dir nur wiederholen, Avalescu ist wütend — —“

Das war also die einzige Seite, die er an dieser ganzen Sache sah! Den Verlust an den Papieren!

(Fortsetzung folgt.)



# Handel, Finanzwesen, Wirtschaft, Börsen.

## Handel.

Die Termine der baltischen und polnischen Messen sind auf einer Rigaer Konferenz der beteiligten Staaten für das Jahr 1926 wie folgt festgesetzt worden: Lemberg 2.-9. Mai, Riga 13.-27. Juni, Reval 14.-23. August, Posen 5.-15. September. Finnland wird im Frühjahr eine Industrie-Ausstellung, im Herbst eine landwirtschaftliche Ausstellung veranstalten. Nicht vertreten war Litauen. Über die Beteiligung an den diesjährigen Messen wurde mitgeteilt, daß Helsingfors 1041 Aussteller und 95 000 Besucher, Reval 900 bzw. 115 000, Riga 800 bzw. 140 000 hatte.

Von den polnischen Holzmarkten. Die Kurssteigerung der fremden Valuten in Polen wird im allgemeinen als die Holzaufstufe förderndes Mittel angesehen, da die ausländischen Abnehmer bekanntlich mit solchen zahlen. Aus diesem Grunde rechnet man, wie das Fachblatt „Rynek Drzewny“ schreibt, vorläufig nicht mit einer Herabsetzung der Taxen in den Staatswäldern und mit weiteren Ermäßigungen der Eisenbahntarife. In Holzhandelskreisen ist man jedoch der Ansicht, daß eine Steigerung der Holzaufstufe, besonders aus den Ostprovinzen, erst nach der Wiedereröffnung der Flößerei nach Deutschland wird erfolgen können.

Zur Arbeitslosigkeit. Wie der „Illustr. Kurjer Codz.“ meldet, sind im Laufe der letzten drei Monate in Lodz 262 Firmen in denen 7837 Arbeiter beschäftigt waren, liquidiert worden.

Die Preise der polnischen Gewerbescheine sind für das Jahr 1926 wie folgt festgesetzt: Für Handelsunternehmungen I. Kategorie 3100 Zloty, II. 620, III. 124, IV. 46,50, V. A. 37,50, V. B. 23,25; für Industrieunternehmungen I. Kategorie 9300 Zloty, II. 6200, III. 3100, IV. 930, V. 310, VI. 186, VII. 93, VIII. 23,25. Die Gewerbescheine sind bis zum 31. Dezember d. J. einzulösen.

Die rumänischen Zolleinnahmen betrugen in den ersten acht Monaten d. J. 4,3 Milliarden Lei (i. d. Vergleichszeit d. Vorj. 4,7 Milliarden), wovon auf Einfuhrzölle 1,8 Milliarden (gegenüber 1,2 Milliarden) und auf Auffuhrzölle 2,5 Milliarden (3,5 Milliarden) entfallen.

## Banken.

Die deutschen Großbanken bereiteten. Die an der Berliner Börse aufgetauchte Idee, daß nach dem Vorbilde des im Werden begriffenen Montantrustes auch ein Banktrust zu erwarten sei, daß ferner zwischen der Commerz- und Deutschen Bank selbst Vorbesprechungen stattgefunden hätten, wird entschieden bestritten. Es seien weder Besprechungen gewesen, noch seien solche beabsichtigt.

## Konkurse.

Posen. M. Matuszewski. E. 14. 11. 1925. K. Piotr Stachowski, ul. Krasinskiego 2. A. 15. 12. 1925.

Posen. Fabryka Narzędzi chirurgicznych i weterynaryjnych. E. 11. 11. 1925. K. Piotr Stachowski, ul. Krasinskiego 2. A. 12. 12.

Posen. Z. Gaikiewicz. E. 16. 11. 1925. K. Piotr Stachowski. A. 31. 12. 1925.

Bromberg. Jan Neumann & Syn. E. 6. 11. 1925. K. Anton Kufel. A. 12. 12. 1925.

Bromberg. Viktor Lewandowski. E. 10. 11. 1925. K. Anton Kufel. A. 20. 12. 1925.

Bromberg. Tadeusz Sroczynski. E. 11. 11. 1925. K. Maksymilian Lewandowski. A. 20. 12. 1925.

Graudenz. Hilary Nowacki. E. 13. 11. 1925. K. Wacław Gancz in Graudenz, ul. 3. Maja 11. A. 10. 1. 1926.

Graudenz. Władysław Migoński, ul. Radzińska 3. E. 13. 11. 1925. K. Bronisław Szyndler, Graudenz, ul. Młyńska 18a. A. 31. 12. 1925.

Ostrowo. Julian Piechowski. E. 9. 11. 1925. K. Rechtsanwalt Winkowski in Ostrowo. A. 10. 11. 1926.

Ostrowo. Roman Baranowski. E. 9. 11. 1925. K. Rechtsanwalt Podejma in Ostrowo. A. 10. 11. 1925.

Wengowitz. Kaufmann Tadeusz Treczka. E. 5. 11. 1925. K. Władysław Thielmann. A. 23. 12. 1925.

Das Konkursverfahren gegen die Firma „Dom Bankowy“, Stanisław Raczkiewicz in Posen wurde niedergeschlagen.

Das Konkursverfahren gegen die Firma Franciszek Nowak in Posen wurde niedergeschlagen.

Das Konkursverfahren gegen die Firma Maria Szypczyńska in Posen wurde niedergeschlagen.

In dem Konkursverfahren gegen die Firma „Ceramika“ in Posen wurde ein Vergleichstermin für den 28. 11. 1925 festgesetzt.

In dem Konkursverfahren gegen die Firma David Loescher, Kaufmann in Przemysł wurde ein Vergleichstermin für den 3. 12. 1925 festgesetzt.

## Märkte.

Getreide. Lublin. 24. November. Notierungen der Gebr. Krause: Weizemehl „0“ 0,48 zł, Nr. I 0,44, Nr. 2 0,36, Nr. 4 0,27, Nr. 4 1/2 0,20, Roggennmehl „0“ 0,33, Nr. II 12, Schrotmehl 23, Perlgrütze 0,58, Bruchgrütze 0,31, W.-Kleie 0,12, R.-Kleie 0,10, Gerstenkleie 0,11 für 1 kg loko Mühl. Tendenz steigend.

Warschau. 24. November. Für 100 kg fr. Verladestation. Kongr.-Roggen 118 f hol 18,50, 117 f hol 18,50, Kongr.-Gerste 19 bis 18,50, Braugerste 21,50, Kongr.-Einh.-Hafer 18,50-20,00, W.-Kleie 14.

Danzig. 24. November. Im fr. Verkehr wurde für 100 kg fr. Waggon Danzig gezahlt. Roggen 22,10, Weizen 33-33,25, Hafer 21,30-23,90, Gerste 21,15-22, mittl. Braugerste 23 1/4-25, prima Braugerste 24 1/4-28 1/4, Viktoriaerben 11-12 1/2, poln. W.-Mehl I. Sorte 43 1/4-44,24, II. 31-31,25, W.-Kleie 12,95-14, R.-Kleie 11,90-12,85. Tendenz für Gerste, Roggen und Hafer schwächer, für Viktoriaerben fester, Weizen gesucht.

Gelbfeuerliche Industrie-

**Speise-Kartoffeln**

und andere Sorten

Liefert frei Haus Posen nur gegen bar

**Dominium Nagadowiee, Post Gądk.**

Abzugeben mehrere Plymouthrocks-

reinraff. 1925er Hühner und Hähne 6 zł.

Eine 12 Wochen alte echte Zwergdadelhündin

hellbraun v. hervorr. scharf. wach. Et. Preis 30 zł.

Gef. Anfr. unter 3. 2000 an die Geschäftsst. d. Blattes.

Gelegenheitskauf!

100 ehm Schalbreiter 20 mm

25 ehm Rüstungsbretter,

ein größerer Posten

Rüststangen,

1 Wagon Brühenschwarten

1 Wagon Zaunschwart

zu äußerst günst. Preisen abzugeben

Tartak Ludwikowo,

p. Mosina (Pozn.)

**Inventur-Ausverkauf.**

Spinde, Bettstellen, Matratzen und Polsterkissen, Küchen, Sofas, Chaiselongues, Spiegel, Stühle und Klein-Möbel sehr billig.

**Streitz, Poznań,**

Podgóra 10.

Gelegenheitskauf!

100 ehm Schalbreiter 20 mm

25 ehm Rüstungsbretter,

ein größerer Posten

Rüststangen,

1 Wagon Brühenschwarten

zu äußerst günst. Preisen abzugeben

Tartak Ludwikowo,

p. Mosina (Pozn.)

Gelegenheitskauf!

100 ehm Schalbreiter 20 mm

25 ehm Rüstungsbretter,

ein größerer Posten

Rüststangen,

1 Wagon Brühenschwarten

zu äußerst günst. Preisen abzugeben

Tartak Ludwikowo,

p. Mosina (Pozn.)

Gelegenheitskauf!

100 ehm Schalbreiter 20 mm

25 ehm Rüstungsbretter,

ein größerer Posten

Rüststangen,

1 Wagon Brühenschwarten

zu äußerst günst. Preisen abzugeben

Tartak Ludwikowo,

p. Mosina (Pozn.)

Gelegenheitskauf!

100 ehm Schalbreiter 20 mm

25 ehm Rüstungsbretter,

ein größerer Posten

Rüststangen,

1 Wagon Brühenschwarten

zu äußerst günst. Preisen abzugeben

Tartak Ludwikowo,

p. Mosina (Pozn.)

Gelegenheitskauf!

100 ehm Schalbreiter 20 mm

25 ehm Rüstungsbretter,

ein größerer Posten

Rüststangen,

1 Wagon Brühenschwarten

zu äußerst günst. Preisen abzugeben

Tartak Ludwikowo,

p. Mosina (Pozn.)

Gelegenheitskauf!

100 ehm Schalbreiter 20 mm

25 ehm Rüstungsbretter,

ein größerer Posten

Rüststangen,

1 Wagon Brühenschwarten

zu äußerst günst. Preisen abzugeben

Tartak Ludwikowo,

p. Mosina (Pozn.)

Gelegenheitskauf!

100 ehm Schalbreiter 20 mm

25 ehm Rüstungsbretter,

ein größerer Posten

Rüststangen,

1 Wagon Brühenschwarten

zu äußerst günst. Preisen abzugeben

Tartak Ludwikowo,

p. Mosina (Pozn.)

Gelegenheitskauf!

100 ehm Schalbreiter 20 mm

25 ehm Rüstungsbretter,

ein größerer Posten

Rüststangen,

1 Wagon Brühenschwarten

zu äußerst günst. Preisen abzugeben

Tartak Ludwikowo,

p. Mosina (Pozn.)

Gelegenheitskauf!

100 ehm Schalbreiter 20 mm

25 ehm Rüstungsbretter,

ein größerer Posten

Rüststangen,

1 Wagon Brühenschwarten

zu äußerst günst. Preisen abzugeben

Tartak Ludwikowo,

p. Mosina (Pozn.)

# Das Weißbuch über die Entwaffnungsfrage.

Dem Reichstag ist am Freitag das angekündigte Weißbuch "Materialien zur Entwaffnungsfrage" übergeben worden. Es enthält außer den bereits veröffentlichten Noten Aufzeichnungen über den Verlauf der zwischen dem 8. und 14. November in Paris und in Berlin in der Entwaffnungsfrage geführten Verhandlungen. Über diese Verhandlungen teilt das Weißbuch folgendes mit:

## 1. Polizei.

Bei der Behandlung der Polizeifrage haben vornehmlich drei Punkte Schwierigkeiten bereitet: das Personalstatut der Schutzpolizei, die Kaserneierung der Schutzpolizeibeamten und die Amtsbezeichnungen der höheren Schutzpolizeibeamten.

### a) Das Personalstatut.

Die alliierten Regierungen hatten in der Kollektivnote vom 1. Juni 1925 gefordert, daß das Statut für das Personal der Schutzpolizei dem für die Ordnungspolizei entsprechen und diesem Personal den gleichen Charakter von Beamten auf Lebenszeit verleihen solle. Nach dem Ergebnis der letzten Verhandlungen werden die Schutzpolizeibeamten entweder auf Grund der in den einzelnen Ländern geltenden allgemeinen beamtenrechtlichen Bestimmungen oder auf Grund der für die Ordnungspolizei geltenden Sonderbestimmungen nach Maßgabe ihrer Eignung und der verfügbaren Stellen zu Lebenslanglicher Anstellung gelangen. Dies wird insbesondere dadurch ermöglicht, daß die in der Schutzpolizei auch nach der vorgesehenen erheblichen Vermehrung dieser Stellen nicht zur unfürbaren Anstellung gelangenden Beamten in allen anderen Polizeidienstzweigen (staatliche Verwaltungs- und Kriminalpolizei, kommunale Polizei, Landjäger) unter den obengenannten Voraussetzungen Anstellung auf Lebenszeit finden können.

### b) Die Kaserneierung der Schutzpolizeibeamten.

Die Auffassung der deutschen und der alliierten Vertreter über die Zahl der in Kasernen unterzubringenden Schutzpolizeibeamten ging zunächst sehr erheblich auseinander. Schließlich einigte man sich dahin, daß die Zahl der in Kasernen unterzubringenden Schutzpolizeibeamten auf 82 000, ausschließlich der Polizeischüler, festgesetzt wird.

### c) Die Amtsbezeichnung der höheren Schutzpolizeibeamten.

In der Kollektivnote vom 4. Juni 1925 war die Forderung gestellt, daß die Angleichung der Polizeigrade an die militärischen Grade bestätigt werden müsse. Nachdem die deutschen Vertreter in Paris Aufklärung darüber gegeben haben, daß die höheren Schutzpolizeibeamten keinerlei militärische Befugnisse besitzen, erheben die alliierten Regierungen keine Einwendungen mehr gegen die für diese Beamten jetzt üblichen Amtsbezeichnungen.

## 2. Oberbefehl.

In der Kollektivnote vom 4. Juni 1925 wurde die Umgestaltung der Stellung des Chefs der Heeresleitung in die Stellung des Chefs des Stabes beim Reichswehrminister gefordert. Diese Forderung ließ dem der Interalliierten Militärkontrollkommission genehmigten deutschen Wehrgebot vom 28. März 1921 zu wider, dessen Paragraph 8 lautet: "An der Spitze des Reichsheeres steht ein General als Chef der Heeresleitung." Im Laufe der Verhandlungen ist es gelungen, die Geltung dieser Bestimmungen des Wehrgebotes sicherzustellen. Die zu erlassende Verordnung über den Oberbefehl wird folgendermaßen lauten:

I. Der Reichspräsident. Der Reichspräsident ist oberster Befehlshaber der gesamten Wehrmacht (Paragraph 8 Wehrgebot). Er übt das militärische Verordnungsrecht aus (Paragraph 11 Wehrgebot). II. Der Reichswehrminister. Der Reichswehrminister übt unter dem Reichspräsidenten die Befehlsgewalt über das Heer aus. Das Reichswehrministerium, die Oberbefehlshaber der Gruppen und die Divisionskommandeure, soweit diese nicht durch Abschnitt 4 den Oberbefehlshabern der Gruppen nachgeordnet sind, unterstehen ihm unmittelbar, ebenso die Landeskommendanten hinsichtlich ihrer besonderen Obliegenheiten. III. Der Chef der Heeresleitung. Der Chef der Heeresleitung gehört dem Reichswehrministerium an. Seine Stellung wird bestimmt durch Paragraph 8 des Wehrgebotes nach Maßgabe der Vorrichtungen des obenstehenden Artikels II. Er ist der mili-

tärische Berater des Reichswehrministers und sein Vertreter in den militärischen Angelegenheiten des Heeres.

## 3. Ausbildung der Truppen an bestimmten Waffen.

In der Übersicht Nr. 2 zu Abschnitt I des Teils V des Vertrags von Versailles ist die Verteilung der Waffen auf die verschiedenen Heeresformationen festgelegt worden. Hiermit begründet die Interalliierte Militärkontrollkommission das Verlangen, daß die deutschen Truppengattungen nur an denjenigen Waffen ausgebildet werden dürfen, die ihnen in der obengenannten Übersicht zugestanden wären. Diese Forderung bedeutet eine Einschränkung der Ausbildung des deutschen Heeres. Im Laufe der Verhandlungen haben sich die alliierten Regierungen dem deutschen Standpunkt angenähert und demgemäß eine Ausbildung der Infanterie am Infanteriegeschütz und der Kavallerie am leichten Maschinengewehr zugestanden. Hierbei wurde deutlicher erklärt, daß nach wie vor nicht beabsichtigt ist, von den Forderungen des Vertrags von Versailles bezüglich der Waffenverteilung abzugehen.

## 4. Artilleristische Armierung der Festung Königsberg

Die Interalliierte Militärkontrollkommission hatte die Forderung erhoben, daß die von ihr im Jahre 1921 dem deutschen Vorschlag entsprechend für die Festung Königsberg bewilligten 22 beweglichen schweren Geschütze auf festen Lafetten eingebaut und auf festen Bettungen aufgestellt werden müßten. Diese Forderung ist auch in die Kollektivnote der alliierten Regierungen vom 4. Juni 1925 aufgenommen worden. Die Reichsregierung erhob gegen dieses Verlangen, durch dessen Erfüllung die Verteidigungsfähigkeit Königsbergs völlig in Frage gestellt worden wäre, Einspruch. Die Verhandlungen führten dazu, daß die alliierten Regierungen sich damit einverstanden erklärt haben, daß die Geschütze innerhalb der Festung beweglich bleiben.

## 5. Behandlung der privaten Verbände und Organisationen.

In Paragraph 1 des Reichsgesetzes zur Durchführung der Artikel 177, 178 des Friedensvertrags vom 22. März 1921 ist folgendes bestimmt: "Geht aus der Satzung oder dem Verhalten einer Vereinigung hervor, daß ihr Zweck im Widerspruch zu den Bestimmungen der Artikel 177, 178 des Friedensvertrags steht, so ist sie aufzulösen. Die Auflösung erfolgt durch die oberste Landesbehörde mit Zustimmung der Reichsregierung; sieht die oberste Landesbehörde von der Auflösung ab, so ist die Reichsregierung für die Auflösung zuständig." Die alliierten Regierungen haben in der Kollektivnote vom 4. Juni d. Jg. folgendes verlangt: "Veröffentlichung, gegebenenfalls Durchführung der bestehenden oder neuerrichteten Gesetze oder Verordnungen, die verhindern sollen, daß die Verbände, welcher Art sie auch sein mögen, sich mit militärischen Dingen befassen oder irgend eine Verbindung mit dem Kriegsministerium oder einer anderen Militärbehörde unterhalten." In den Besprechungen über die Regelung dieser Frage wurde klar gestellt, daß diese Forderung nicht etwa darauf abzielte, bestehende Verbände aufzulösen, sondern lediglich darauf, die Anwendung des Gesetzes vom 22. März 1921 sicherzustellen. Die Reichsregierung wird dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung zur Ausführung des Gesetzes vom 22. März 1921 vorlegen, der in Übereinstimmung mit dem Inhalt der vor ihr bereits früher auf dem Verwaltungsweg erlassenen Anordnungen folgende Fassung haben wird: "Artikel 1. Als im Widerstreit zu den Bestimmungen der Artikel 177, 178 des Vertrages von Versailles stehend sind Vereinigungen anzusehen, die a) sich mit militärischen Dingen befassen, b) ihre Mitglieder im Waffenhandwerk oder im Gebrauch von Kriegswaffen ausbilden oder üben oder ausbilden oder üben lassen, c) mit dem Reichswehrministerium oder irgend einer anderen militärischen Behörde in Verbindung stehen. Artikel 2. Vereinigungen, bei denen aus der Satzung oder ihrem Verhalten hervorgeht, daß sie eine der im Artikel 1 bezeichneten Tätigkeiten enthalten, sind nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 22. März 1921 aufzulösen."

## Um Locarno.

Berlin, 24. November. (R.) Nach dem Abstimmrat des Reichstages wird die erste Sitzung des Locarno-Vertrages heute noch beendet werden. Morgen wird der auswärtige Ausschuß nochmals darüber beraten. Die Plenarsitzung morgen soll erst um 3 Uhr beginnen und nur kurze Zeit dauern. Es werden kleine Vorlagen erledigt werden. Am Donnerstag findet die zweite und am Freitag die dritte Sitzung der Locarno-Vorlage statt. Am Sonnabend wird der russische Handelsvertrag beraten und am Montag nächster Woche die dritte Beratung des Reichshaushalts begonnen. Die Haushaltssitzung soll bis zur Weihnachtspause abgeschlossen werden. Die Tage von Freitag nächster Woche bis Dienstag übernächster Woche werden von Plenarsitzungen frei bleiben.

Neben dem kommunistischen Antrag auf Wiederzulassung der seitensitzung noch nicht zu einer Entscheidung gekommen.

Voraussichtlich wird der Präsident im Plenum die Ernennung erhalten, die ausgeschlossenen Abgeordneten wieder einzulassen, obwohl die Ausschlußfrist von 20 Sitzungstagen noch nicht beendet ist. Eine solche Abweichung von der Geschäftsordnung würde möglich sein, wenn ihr von keiner Seite widersprochen wird.

## Die bayerische Volkspartei des Reichstages.

Die Bayerische Volkspartei des Reichstages ist, wie wir hören, noch nicht zu einem festen Bschluß über die Locarno-Vorlage gelangt. Sie wartet vorläufig noch ab, in welcher Weise einige Fragen noch im auswärtigen Ausschuß aufgelöst werden können und will ihre Entscheidung erst kurz vor der dritten Sitzung fällen. Alle bisherigen anderslautenden Meldungen über die Stellung der Partei treffen nicht zu.

## Die Frage der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages.

London, 25. November. (R.) Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" schreibt: Während die persönlichen Einladungen der britischen Regierung an die Hauptdelegierten von Locarno zur Teilnahme an der nächsten Woche stattfindenden Unterzeichnung des Paktes von Locarno weiterhin ihre Gültigkeit haben, ist es jetzt unwahrscheinlich, daß viele (wenigstens welche) auswärtige Kabinettmitglieder zu dieser Formalität nach London reisen werden, nachdem die übrigen Ceremonien ausgegeben werden müssen. Den in Betracht kommenden Regierungen dürfte zum Ausdruck gebracht werden, daß, wenn sie vorziehen sollten, ihre Botschafter bzw. Gesandten in London für diese Gelegenheit mit Vollmachten zu versehen, die britische Regierung mit einem bestreitigen Verfahren durchaus einverstanden sein würde.

## Chamberlain über die Locarno-Konferenz.

London, 25. November. (R.) Chamberlain hielt gestern abend im Unterhaus vor dem Parlamentsausschuß für Völkerbundfragen einen Vortrag über die Locarno-Konferenz. Er würdigte in warmen Worten die Verdienste Briands, Dr. Luthers und Stresemanns, die persönlich in verschiedener Weise die Locarno zum Erfolg beigetragen hätten. Er betonte weiter die besondere Atmosphäre von Locarno, die vollkommen verschieden gewesen sei von der, die vorher bei Zusammenkünften der Deutschen mit den Alliierten bestand, was einen großen Fortschritt markierte.

## Aus anderen Ländern.

### Schweres Explosionsunglück in Persien.

Nach einer Londoner Meldung ist es in der Stadt Ahwaz zu einem schweren Explosionsunglück gekommen. Aus Basra wird dazu geschrieben: In einem Munitionslager brach eine Explosion aus, durch die 70 Soldaten umkamen. Eine ungeheure Detonation erfolgte, als das Pulver durch irgend welche Umstände entzündet wurde. Der Schaden ist noch nicht bekannt gegeben.

### Das gefundene Archiv Nikolaus II.

"Sa Swoboda" bringt die Nachricht, daß in Moskau noch Meldungen der Sowjet-Telegraphenagentur das Archiv des russischen Zaren gefunden wurde. Es sind in diesem Archiv verschiedene Schriften König Georgs und Schriften Pocarew aus dem Weltkrieg enthalten. Das in Petersburg gefundene Archiv soll sehr wichtiges Material enthalten und kostbar sein. Allerdings, so fügt das Blatt hinzu, ist dies nur ein Teil des Archivs, das gefunden wurde, da nicht alles das, was beim Fund erwartet wurde, darin enthalten sei.

### Die Mordtat eines Sohnes.

Aus Dorau eingehenden geht die Nachricht zu, daß dort ein Sohn seines Eltern ermordet hat. Das Dienstmädchen, das nach Zigaretten gerichtet worden war, wurde durch einen Schuß, der im Haus, aus dem sie ging fiel, außerstande gemacht und meldete es der Polizei, die darauf sofort nach dem Hause ging. Der Oberleutnant a. D. Henning und seine Frau wurden beide erschossen aufgefunden. In einem unteren Wohrraum fand man auch die Sekretärin mit einer tödlichen Kopfwunde auf. Des Mordes ist der Sohn des Oberleutnants beschuldigt.

### Der Lohnstreit bei der Danziger Werft.

Nachdem der Schiedsentscheid des Schlichtungsausschusses vom 16. November von der Arbeitnehmerseite abgelehnt wurde, hat der Demobilisierungskommissar bei der Werft selbst angefragt, ob sie geneigt sei, die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsentscheides zu beantragen. Die Werft hat sich jedoch auch die Entscheidung noch vorbehalten und der Demobilisierungskommissar hat nur die Parteien zu einer neuen Beratung für heute, Mittwoch, geladen, in der die endgültigen Beschlüsse gefasst werden sollen.

## In kurzen Worten.

Die innerpolitischen Schwierigkeiten in Griechenland haben sich seit dem Abschluß des bulgarischen Zwischenfallen erheblich verschärft.

Die Streitkräfte Tsahktolsins haben sich aus dem westlichen Teil Chinas zurückgezogen und das Gebiet den Hunantruppen übergeben müssen.

Wie aus Wien verlautet, wird Tschitscherin Anfang Dezember Wien besuchen.

Bei Schmalzalben wurde ein mit 8 Personen besetztes Auto von einem Personenzug erfaßt und zertrümmert. Die Passagiere wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Anstelle Mussolinis soll der Vertreter Italiens bei der Locarno-Konferenz nach London zur Unterzeichnung der Verträge reisen.

Aus Kopenhagen kommt die Nachricht, daß dort die kaiserliche Witwe Maria Feodorowna, die seit den Umrissen in Kopenhagen lebt, schwer erkrankt sei.

## Letzte Meldungen.

### Wetterls gestorben.

Berlin, 25. November. (R.) Der "Doktorangeiger" meldet aus Paris, daß der französische Reichstagsabgeordnete Abbé Wetterls in Rom, wo er Attaché der französischen Vertretung beim Papst war, gestorben ist.

### Die Lohnbewegung der Straßenbahner in Berlin.

Heute Mittwoch findet in Berlin eine Versammlung der Straßenbahner statt, in der zu den in der letzten Verhandlung vorgebrachten Forderungen genommen werden soll. Nach Lage der Dinge ist damit zu rechnen, daß auch hier, wie bei den Angestellten und Beamten der Hochbahn und Omnibusgesellschaft, eine Urabstimmung herbeigeführt werden wird. Man befürchtet noch immer den Streik, der bis jetzt keine endgültigen Beschlüsse gefallen sind.

### Um die neue tschechische Regierung.

Prag, 25. November. Jetzt scheint es keinem Zweifel zu unterliegen, daß Svehla als Führer derstärksten Partei im Parlament die Regierungsbildungsmöglichkeit erhalten wird. Der Partei wird jetzt auch die Industriepartei beitreten, so daß die "Regierungsfünf" der Tschechoslowakei sich in eine Sechsparteienkoalition verwandelt. Finanzminister soll ein Nichtparlementarier werden, wie man annimmt, der frühere Minister Dr. Englis. Über die Mehrheitsverhältnisse verlautet: 159 Sitze der neuen Kammer gehören dem Regierungsblock an, während sich 141 zur Opposition rechnen. Die Regierungsmehrheit ist also ziemlich knapp. Im Senat ist das Verhältnis 80 zu 70, demnach noch ungünstiger.

### Die Locarno-Unterzeichnung.

London, 25. November. Es wird wahrscheinlich, daß wegen der Trauer um die Königinmutter Alexandra die Außenminister nicht persönlich nach London zur Unterzeichnung kommen, wie es vorgesehen war. Es sollen vielmehr die Botschafter und Gesandten der einzelnen Staaten zur Vertragsunterzeichnung ermächtigt werden.

### Nein!

London, 25. November. (R.) Eine Anfrage des Parlamentsmitgliedes Thurtle (Arbeiterpartei), ob die Regierung bereit sei, dem Parlament zu empfehlen, daß England nicht wieder zu einem Krieg verpflichtet werden sollte ohne vorherige Volksabstimmung, wurde von Baldwin verneint.

### Die französische Kabinettsskrise.

Paris, 25. November. (R.) Senator Paul Doumer verhandelte gestern mit dem Senatspräsidenten de Selles, dem Kammerpräsidenten Herrriot und mit Painlevé. Man rechnet damit, daß Brian Außenminister bleibt.

### Die Lage bei Medina.

London, 25. November. (R.) Reuter erfährt, daß keine Bestätigung des Gerüsts über die Besetzung von Medina durch die Truppen Ibn Saubls vorliege.

### Neue Revolution in China.

London, 25. November. (R.) Reuter meldet aus Paris: Unbestätigten Meldungen zufolge soll in Mandschukuo eine Revolution gegen Tsangtsolin ausgebrochen und Tsangtsolin gefangen genommen worden sein.

## Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Syra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrecht; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage "Die Zeit im Bild": Robert Syra; für den Angelegenheiten: M. Grundmann - Verlag: "Posener Tageblatt". Druck: Druckkunst Concordia Sp. Akc. sämtlich in Posen.

**KINO APOLLO**  
Vom 20. II. - 26. II. 25. Vom 20. II. - 26. II. 25.  
4½, 6½, 8½ Uhr  
Zwei große Filme in einem Programm  
**THE KID — DIE 3 EPOCHEN**  
(Ben Akiba hat gelogen.)  
Jakie Coogan Charlie Chaplin  
Buster Keaton.

Vorverkauf von 12—2

Am Montag, dem 21. Dezember 1925, vormittags  
11 Uhr findet im Sitzungszimmer unseres Geschäftshauses  
Poznań, Zwierzyniecka 6, die ordentliche  
**Generalversammlung**

unserer Gesellschaft statt.

Die Herren Aktionäre, die in dieser Versammlung ihr  
Stimmecht ausüben wollen, haben spätestens am 8. Werktag  
vorher bei der Gesellschaftskasse hier, Zwierzyniecka 6, bei der  
Genossenschaftsbank hier, Wajdowa 3, oder bei der Bank  
für Handel und Gewerbe hier, Małtalarzka 8, ihre Aktien zu  
hinterlegen.

Von Montag, dem 7. Dezember, ab werden die Bilanzen  
mit der Gewinn- und Verlustrechnung, sowie der Bericht des  
Vorstandes und des Aufsichtsrates in den Geschäftsräumen  
der Gesellschaft, Zwierzyniecka 6, ausliegen.

**Tagessordnung:**

1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrats über das abgelaufene Geschäftsjahr.
2. Genehmigung der Jahresabrechnung nebst Gewinn- und Verlustrechnung, sowie Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats.
3. Beschlussfassung über die Verteilung des Neingewinns.
4. Wahlen für den Aufsichtsrat.
5. Wahlen für den Zeitungsausschuss.
6. Beschlussfassung über Änderung der §§ 2 und 22 der Satzung.
7. Verschiedenes.

Poznań, den 25. November 1925.

**DRUKARNIA CONCORDIA Sp. Akc.**

Der Aufsichtsrat:  
v. Althig, Vorsitzender.

## Zufallsache! Landwirtschaft

90 Morgen

in größerem Dorf bei Jauer, Ader I und II. Klasse in einem Plan hinter dem Gehöft. Alles massiv, elektr. Licht und Kraft. Neue Maschinen. Gutes Inventar überkomplett. Guter Viehbestand. Günstiger Kauf. Nur besonderer Umstände wegen verlässt. Kirche und Schulen am Ort.

Näheres durch

**Grundstücksbüro „Germania“**  
Liegnitz i. Schles., Lindenstraße 9.

**Neu erschienen, sofort lieferbar:**

Wir empfehlen zur Anschaffung folgende erstklassige Werke:  
Heutiger Preis.  
Hutchinson, Wenn der Winter kommt, Roman, geb. 14,00.  
Saudel, Diplomaten, Roman geb. 9,50.  
Aldanov, Der neunte Thermidor, Roman, übersetzt aus dem Russischen, geb. 11,25.  
Balzac, Die tödlichen Wünsche, unübertroffenes Meisterwerk des phantastischen Romans, geb. 12,30.  
Maria Graf, Die Chronik von Fleischling, Dorfroman, geb. 10,75.  
Graf, Bayerisches Lesebüchlein, geb. 3,50.  
Poe, Die Geschichte des Werths Goeden Pym, geb. 8,50.

Schubart, Namaskar, Roman, 9,00.

Frey, Robinsonade zu Zwölffl, geb. 12,00.

Stevenson, Die Schatzinsel, Roman, geb. 9,50.

Das Papstbuch. Das erste lückenlose Papstbilderbuch, 682 Abbildungen, auf alle Päpste bezugnehmend, das Papstium mit den von ihm hinterlassenen Denkmälern dargestellt, 44 Seiten Text, 132 Bildseiten, 4° Format, 12,40.

Bei direkter Zusendung mit Portoabrechnung.

Verbandbuchhandlung der

**Drukarnia Concordia Sp. Akc.**  
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

## Hasen, Rehe, Fasanen

suche im Auftrage einer deutschen Großfirma zu kaufen.  
Kasse geg. Duplikatfrachtkosten ob. bei Uebernahme. Ganze Jagden werden sofort abgeschlossen. Off. m. Preisangabe sind zu richten an

**Dom Ekspedycyjno Handlowy**  
Fr. Przybylski, 3bażys, Telefon 36.

**Kieferne Kloben I. Kl.,**  
trocken, per sofort verlaufen, auch bei Gegenlieferung  
von Roggen und Weizen,  
Holzhandlung G. Wilke, Poznań, Sew. Miętyskiego 6, gegr. 1904.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

## Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)  
für den Monat Dezember 1925

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Straße .....

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)

für den Monat Dezember 1925

Name .....

Wohnort .....

Postanstalt .....

Straße .....

Durch plötzlichen Heimgang des  
Brennerei-Verwalters

## Paul Franke,

der 22 Jahre in großer Pflichttreue und Verständnis das  
Werk hier vollbrachte, trauern wir mit seinen Angehörigen  
und werden ihm den Dank über's Grab bewahren.

## Familie von Treskow, Wierzonka.

## Spielplan des „Teatr Wielli“.

Mittwoch, den 25. 11. „Faust“.  
Donnerstag, den 26. 11. „Dalibor“.  
Freitag, den 27. 11. „Bettina“.  
Sonntag, den 29. 11. „Bettina“.  
Montag, den 30. 11. „Dalibor“.

## Achtung! Achtung!

Waggon Steingut u. Porzellan angekommen!

Staunend billige Preise.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster

Küchengarnituren  
22 teilig von 12 zł an

Waschgarnituren  
von 3,75 an

Tafelservice  
von 13,95 an



Teller

12 Gr., 28 Gr., 35 Gr.

Tassen

25 Gr., 28 Gr., 35 Gr., 45 Gr.

Toiletteneimer

8,45 zł

Kaffeeservice

6,25 "

Kinderbettstellen

28 zł

Metallbettstellen

19,50 bis 500 "

Lampen

für Petroleum, Spiritus, Gas u. Elektrik

von 18 zł an

Sämtliche Haus- u. Küchengeräte, Glas- u. Porzellan waren empfohlen die als billig bekannte Firma

**W. ZIĘTEK**

Poznań, Stary Rynek 43  
(gegenüber dem alten Rathause).

Ein Kuchen

nach Dr. Oetker's Rezepten gebacken, wird Sie in jeder Hinsicht zufriedenstellen.

Bitte versuchen Sie:

## Schokoladenkuchen

Wie billig sich der Kuchen stellt, kann jede Hausfrau selbst sehr leicht berechnen.

Zutaten:

1/2 Pfd. Butter  
350 g Zucker  
4 Eier  
1 Pfd. Weizenmehl  
1 Päckchen Dr. Oetker's Vanille-Zucker  
1 Päckchen Dr. Oetker's "Backin"  
3 ELöffel voll Kakao  
1 kleine Tasse Milch oder Rahm.

Zubereitung. Die Butter röhre zu Sabine, gib 250 g Zucker, Bigel, Vanille-Zucker, Mehl, dieses mit dem Backin gemischt Milch daran und zuletzt den Schnee der 4 Eiweiß. Teile die Masse, menge unter die eine Hälfte den Kakao und den Rest des Zuckers, füllte den Teig abwechselnd in die gefettete Form und backe den Kuchen 1 bis 1½ Stunden.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos in den Geschäften, wenn vergriffen gratis u. frak. bei

**Dr. A. Oetker, Oliva b. Danzig.**

## Swinemünder Zeitung

Amtl. Kreisblatt für den Kreis Usedom-Wollin

80. Jahrgang

Weitverbreitete, angesehene Tageszeitung  
In weitem Umkreis am meisten gelesen

## Täglich über 10 000 Auflage

Bekanntes Anzeigenblatt. — Viele kleine Anzeigen. — Inserate haben durchschlagenden Erfolg. — Hervorragender Nachrichtendienst. — Eigene Berliner Redaktion. — Gutes Provinz- u. Heimatblatt.

## Bestellschein.

Bitten, auszuschneiden und einzusenden!  
Neu! Wieder eingetroffen. Neu!  
Unterzeichneter bestellt bei der

Versandbuchhandlung der DRUKARNIA CONCORDIA  
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, nach auswärts mit Postzettel unter Nachnahme:

Wenzel und von Lengerke's  
Landwirtschaftlicher Kalender 1926.

Heutiger Preis.

Std. Ausgabe A, 1/2-seitig, I. Teil, Doppelleiner  
geb. 7,60 zł.

Ort, Datum.

Name (recht deutlich)

Postenstall.

## Schmutzwolle

nicht unter acht Monate — Schur und dünn laufe jeden

Posten und zahle die höchsten Preise.

BIAŁECKI, POZNAN, Grobla 1b.

**Sauerkraut 100 kg. 7 Złoty.**  
vorjähriges Sauerkraut

von tadellosem Geschmac, 100 kg 3 zł (in Leinwandfassern),

100 kg 2 zł, frei Waggon

frisches Kraut, Kotowice, hat abzugeben

Dominium Kotowice, pow. Plezow.

**Fenster-Glas**

Ornament-, Kathedral-, Roh-, Draht-, Garten-  
glas, Glaserkitt, Spiegel, Diamanten usw.  
empfehlen

Polskie Biuro Sprzedawy Szkła, T. z ogr. por.  
dawniej M. Fuss,

Poznań, Małe Garbary 7a (Tel. 28-63).

Karl May'schen  
gesammelten Werke und  
Reisebeschreibungen.  
Wir halten davon die bisher  
erschienenen Bände und zwar:  
Band 1—44 und  
Band 50—55  
gut gebunden in Geschenkband  
vorläufig. —  
Jeder Band ist einzeln käuflich.  
Heutiger Preis.  
Preis pro Band 9,50 zł.  
Bei direkter Zusendung mit  
Portozuschlag. Wir empfehlen  
Karl May'sche Werke zur  
Anschaffung.  
Versandbuchhandlung der  
Drukarnia Concordia Sp. Akc.  
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.